

RECHTSWISSENSCHAFTEN
UND VERWALTUNG **Handbücher**

Eugène Beaucamp/Susan Beaucamp

Erlaubnistatbestände und -verfahren in der tierschutzrechtlichen Praxis

Kohlhammer

RECHTSWISSENSCHAFTEN
UND VERWALTUNG **Handbücher**

Eugène Beaucamp/Susan Beaucamp

**Erlaubnistatbestände
und -verfahren in der
tierschutzrechtlichen
Praxis**

Kohlhammer

Erlaubnistatbestände und -verfahren in der tierschutzrechtlichen Praxis

nach § 11 Tierschutzgesetz

von

Dr. Eugène Beaucamp
Rechtsanwalt in Krefeld

und

Susan Beaucamp
Rechtsanwältin in Krefeld

Verlag W. Kohlhammer

1. Auflage 2021

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-037100-2

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-037101-9

epub: ISBN 978-3-17-037102-6

mobi: ISBN 978-3-17-037103-3

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

§ 11 TierSchG regelt eine Vielzahl unterschiedlicher Tätigkeiten mit Tieren und ist daher von hoher praktischer Bedeutung. Dieses Praxishandbuch behandelt alle wesentlichen rechtlichen Aspekte der Erlaubnistatbestände des § 11 TierSchG, des Erlaubnisverfahrens und der Bescheidung von Erlaubnisanträgen, aber auch der Untersagung einer erlaubnispflichtigen Tätigkeit, Kontrollbefugnisse der Erlaubnisbehörden und Ordnungswidrigkeiten in Zusammenhang mit § 11 TierSchG.

Dr. Eugène Beaucamp, Rechtsanwalt; Susan Beaucamp, Rechtsanwältin, Kanzlei Beaucamp & Beaucamp, Krefeld.

Vorwort

Das Tierschutzgesetz enthält seit 1972 Erlaubnispflichten für Tätigkeiten in Zusammenhang mit Tieren, die der Gesetzgeber mehrfach ausgedehnt hat. Zuletzt wurden mit dem 3. Änderungsgesetz im Jahr 2013 die Erlaubnistatbestände gemäß § 11 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 und Nr. 8 f) TierSchG in das Gesetz eingefügt. Der Kreis der erlaubnispflichtigen Tätigkeiten geht, anders als die Überschrift des 7. Abschnitts erwarten lässt, weit über Zucht und Halten von Tieren sowie Handel mit Tieren hinaus. Während die Erlaubnistatbestände des § 11 TierSchG erweitert und modifiziert wurden, gilt für das Erlaubnisverfahren weitgehend altes Recht, weil der Verordnungsgeber von der Ermächtigung des § 11 Abs. 2 TierSchG bisher keinen Gebrauch gemacht hat. Auch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum TierSchG vom 9.2.2000 ist durch die Rechtsentwicklung überholt. Diese Diskrepanz sorgt sich eine Fülle offener Rechtsfragen, die letztlich von den Gerichten geklärt werden müssen. Dieser Klärungsprozess ist ausgelöst durch den Erlaubnistatbestand des § 11 I S. 1 Nr. 8 f) TierSchG derzeit in vollem Gange.

Dieses Praxishandbuch richtet sich insbesondere an Rechtsanwender wie Gerichte, Behörden, Anwälte, Tierschutzorganisationen oder Verbände, deren Mitglieder im Bereich von § 11 TierSchG tätig sind. Es behandelt die wesentlichen rechtlichen Aspekte der Erlaubnistatbestände des § 11 TierSchG, des Erlaubnisverfahrens und der Bescheidung von Erlaubnisanträgen, aber auch die Untersagung von erlaubnispflichtigen Tätigkeiten, Aspekte der Verwaltungsvollstreckung sowie Straf- und Bußgeldtatbestände in Zusammenhang mit den erlaubnispflichtigen Tätigkeiten des § 11 TierSchG. Des

Weiteren stellt das Handbuch den Rechtsschutz gegen Entscheidungen der Behörden auf der Grundlage von § 11 TierSchG dar. Ein Schwerpunkt der Darstellung liegt auf dem Erlaubnistatbestand des § 11 Abs. 1 S. 1 Nr. 8 f) und den damit in Zusammenhang stehenden Rechtsfragen.

Krefeld im November 2020
Die Autoren

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Abkürzungsverzeichnis

Literaturverzeichnis

1. Teil: Erlaubnistatbestände

I. § 11 Abs. 1 S. 1 Nrn. 1 a), b), 2. – Zucht und Haltung zu wissenschaftlichen Zwecken

1. Zucht und Haltung zur Verwendung in Tierversuchen

2. Zucht und Haltung zu den in § 6 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 genannten Zwecken

3. Zucht

4. Halten

5. Betreuen

II. § 11 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 TierSchG – Haltung in Tierheimen und ähnlichen Einrichtungen

1. Tierheim

2. Tierheimähnliche Einrichtung

III. § 11 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 TierSchG – Halten und Zurschaustellen von Tieren in zoologischen Gärten und anderen Einrichtungen

1. Zoos und andere Einrichtungen

2. Problematik von Zoos

IV. § 11 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 TierSchG – Verbringung von Wirbeltieren in das Inland und Abgabe/Vermittlung gegen Gegenleistung

1. Nutztiere

2. Gegenleistung

3. Umgehungen; sonstige Vorschriften

V. § 11 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 TierSchG – Ausbildung von Hunden zu Schutzzwecken für Dritte; Unterhaltung von Ausbildungseinrichtungen

VI. § 11 Abs. 1 S. 1 Nr. 7 TierSchG – Durchführung von Tierbörsen

VII. § 11 Abs. 1 S. 1 Nr. 8 a) bis f) – gewerbsmäßige Tätigkeiten

1. Gewerbsmäßigkeit
2. Tierschutzvereine
3. Gewerbsmäßigkeit trotz fehlender Gewinnerzielungsabsicht
4. Zivilrecht
5. Buchst. a) – Zucht und Haltung von Wirbeltieren
 - a) Landwirtschaftliche Nutztiere
 - b) Gehegewild
 - c) Tierschutzvereine
 - d) Qualzucht
 - e) Typologie der Qualzuchten
 - aa) Hunde
 - bb) Katzen
 - cc) Kaninchen
 - dd) Vögel
 - ee) Reptilien
 - ff) Fische
6. Buchst. b) – Handel mit Wirbeltieren
 - a) Handel
 - b) Vermittlung von Hunden durch Tierschutzvereine
 - c) Informationspflichten
7. Buchst. c) – Unterhaltung eines Reit- und Fahrbetriebes
8. Buchst. d) – Zurschaustellen von Tieren
 - a) Zurschaustellen
 - b) Zurschaustellen wildlebender Tierarten
 - c) Verordnungsermächtigung, Umfang der Erlaubnis
9. Buchst. e) – Bekämpfung von Wirbeltieren als Schädlinge
 - a) Schädlinge

- b) Tötung
- c) Andere Tierarten
- 10. Buchst. f) – Ausbildung und Anleitung der Ausbildung von Hunden
 - a) Verfassungsrechtliche Aspekte
 - b) Ausbildung

2. Teil: Das Erlaubnisverfahren

- I. Rechtliche Grundlagen
- II. Erlaubnisträger
 - 1. Träger der Erlaubnis
 - 2. Delegation der erlaubnispflichtigen Tätigkeit
- III. Antragsformular
- IV. Sachkundefeststellung
 - 1. Grundlagen
 - 2. Ausbildung
 - a) Staatlich anerkannte Ausbildungen
 - b) Zertifizierungen von Tierärztekammern und IHK'en
 - c) Anforderungen an eine Ausbildung
 - 3. Beruflicher oder sonstiger Umgang mit Tieren
 - 4. Fachgespräch
 - a) Funktion des Fachgesprächs
 - b) Definition des Begriffs Fachgespräch
 - c) Anwendung der für Prüfungen geltenden Verfahrensgrundsätze
 - d) Anordnung eines Fachgesprächs
- V. Zuverlässigkeit
 - 1. Definition des Begriffs Zuverlässigkeit
 - 2. Fehlende Zuverlässigkeit
 - 3. Juristische Personen und Personengesellschaften
 - 4. Wiederherstellung der Zuverlässigkeit
- VI. Räume und Einrichtungen
- VII. Beweislast
- VIII. Verfahrensrechte des Antragstellers
 - 1. Bevollmächtigte und Beistände
 - 2. Akteneinsicht

- a) Grundlagen
 - b) Gegenstand des Rechts auf Akteneinsicht
- 3. DSGVO
- 4. Ort und Dauer der Akteneinsicht
- 5. Versagung der Akteneinsicht
- 6. Informationsfreiheitsgesetze
- 7. Anhörung
- IX. Nebenbestimmungen
 - 1. Grundlagen
 - 2. Abgrenzung Inhaltsbestimmung/Hinweis
 - 3. Bestimmtheit
 - 4. Begründung
 - 5. Einzelne Nebenbestimmungen
 - a) Nebenbestimmungen zu § 11 Abs. 1 S. 1 Nr. 8 f)
 - aa) Auflagenvorbehalt
 - bb) Befristungen
 - cc) Dokumentations- und Informationspflichten
 - dd) Fortbildungen
 - ee) Gegenständliche Beschränkung der Erlaubnis
 - ff) Impfungen
 - gg) Delegation erlaubnispflichtiger Tätigkeiten an Mitarbeiter
 - hh) Widerrufsvorbehalt
 - b) Nebenbestimmungen zu anderen Erlaubnistatbeständen des § 11 Abs. 1 S. 1
 - aa) § 11 Abs. 1 S. 1 Nr. 5
 - bb) § 11 Abs. 1 S. 1 Nr. 7
 - cc) § 11 Abs. 1 S. 1 Nr. 8 a), b)
 - dd) § 11 Abs. 1 S. 1 Nr. 8 c)
 - ee) § 11 Abs. 1 S. 1 Nrn. 4, 8 d)
 - ff) § 11 Abs. 1 S. 1 Nr. 8 e)
 - c) nachträgliche Auflagen
- X. Der Erlaubnisbescheid

- XI. Widerruf und Rücknahme
- XII. Verwaltungsvorschriften
- XIII. Verfahrensdauer
- XIV. Räumlicher Geltungsbereich der Erlaubnis

3. Teil: Untersagung, Anordnung der sofortigen Vollziehung und Verwaltungsvollstreckung

- I. Untersagung
- II. Anordnung der sofortigen Vollziehung
- III. Verwaltungsvollstreckung

4. Teil: Rechtsschutz gegen Ablehnungs- und Untersagungsbescheide, Nebenbestimmungen und Bescheide über die Androhung bzw. Festsetzung von Zwangsgeldern

- I. Widerspruch und Klage
 - 1. Widerspruch
 - 2. Anfechtungsklage
 - 3. Verpflichtungsklage
 - 4. Feststellungsklage
 - 5. Fortsetzungsfeststellungsklage
 - 6. Untätigkeitsklage
 - 7. Einstweiliger Rechtsschutz
 - a) § 80 Abs. 5 VwGO
 - b) § 123 VwGO
 - c) Hängebeschluss
- II. Rechtsmittel
 - 1. Berufung/Antrag auf Zulassung der Berufung
 - 2. Revision
 - 3. Beschwerde
 - 4. Anhörungsrüge
 - 5. Überlange Verfahrensdauer

5. Teil: Ordnungswidrigkeiten

- I. Grundlagen
- II. § 18 Abs. 1 Nr. 20 TierSchG
- III. § 18 Abs. 1 Nr. 20 a TierSchG
- IV. § 18 Abs. 1 Nr. 20 b TierSchG
- V. Weitere Ordnungswidrigkeitentatbestände

1. § 18 Abs. 1 Nr. 1
2. § 18 Abs. 1 Nr. 4
 - a) § 3 S. 1 Nrn. 5
 - b) § 3 S. 1 Nr. 11
 - c) § 3 S. 1 Nr. 6

VI. Ordnungswidrigkeitenverfahren

1. Zuständigkeit
2. Verfahrensgrundsätze
3. Erkenntnismittel
4. Anhörung
5. Akteneinsicht
6. Entscheidungsoptionen der Behörde
7. Bußgeldbescheid
8. Geldbuße
9. Einziehung
10. Einspruch
11. Hauptverhandlung

6. Teil: Straftatbestände

- I. Grundlagen
- II. § 17 Nr. 1
 1. Tötung von Versuchstieren
 2. Tötung überzähliger Tiere in Zoos und Zirkussen
 3. Verfütterung lebender Wirbeltiere
- III. § 17 Nr. 2 a)
- IV. § 17 Nr. 2 b)

7. Teil: Gesetzestexte

- I. Tierschutzgesetz (Auszug)
- II. Verwaltungsgerichtsordnung (Auszug)

Stichwortverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Gerichtsentscheidungen ohne Fundstellenangaben sind nach openjur.de zitiert.

a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AG	Amtsgericht
ArgeVet	Arbeitsgemeinschaft der Leitenden Veterinärbeamten der Länder
Art.	Artikel
a. F.	alte Fassung
AGO	Allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats Bayern
AGVwGO	Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung des Freistaats Bayern
AGVwGO	Niedersächsisches Ausführungsgesetz zur Verwaltungsgerichtsordnung
AO	Abgabenordnung
arg. e.	Argument aus
ASR	Anwalt/Anwältin im Sozialrecht (Z)
Aufl.	Auflage
AVV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des TierSchG
BArtSchV	Verordnung zum Schutz wildlebender Tier- und Pflanzenarten
BauGB	Baugesetzbuch
BayNatSchG	Bayerisches Naturschutzgesetz
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter (Z)
BayVGh	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BayVwZVG	Bayerisches Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz
BBiG	Berufsbildungsgesetz
Bd.	Band
BFH	Bundesfinanzhof

BFHE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BJagdG	Bundesjagdgesetz
BLV	Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (Schweiz)
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BmTierSSchV	Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BSG	Bundessozialgericht
BStBl. II	Bundessteuerblatt Teil 2
BStUMV	Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
Bundesfinanzhof	www.bundesfinanzhof.de
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BZRG	Gesetz über das Zentralregister und das Erziehungsregister
b.z.w.	beziehungsweise
cm	Zentimeter
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Z)
DSGVO	Datenschutzgrundverordnung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Z)
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EStG	Einkommensteuergesetz

EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.,ff.	folgend(e)
FAO	Fachanwaltsordnung
FG	Finanzgericht
FGO	Finanzgerichtsordnung
FinMin	Finanzministerium
FStrG	Bundesfernstraßengesetz
GastG	Gaststättengesetz
GehegewildR	Richtlinie für die Haltung von Dam-, Rot-, Sika sowie Muffelwild des Freistaats Bayern
GewArch	Gewerbearchiv (Z)
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GrS	Großer Senat des BFH
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt des Freistaats Bayern
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
Hamburgisches OVG	Hamburgisches Oberverwaltungsgericht
HD	Hüftgelenkdysplasie
HessAGVwGO	Hessisches Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung
Hess. VGH	Hessischer Verwaltungsgerichtshof
HGB	Handelsgesetzbuch
Hs.	Halbsatz
HundVerbrEinfG	Gesetz zur Beschränkung des Verbringens oder der Einfuhr gefährlicher Hunde in das Inland
IFG NRW	Informationsfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalen
IfSG	Infektionsschutzgesetz
IHK	Industrie- und Handelskammer
i. S. v.	im Sinne von
JustG NRW	Justizgesetz Nordrhein-Westfalen
kg	Kilogramm
KK	Karlsruher Kommentar zum Ordnungswidrigkeitengesetz, 5. Aufl. 2018

LAV-AGT	Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz - Arbeitsgruppe Tierschutz
LFischG NRW	Landesfischereigesetz NRW
LG	Landgericht
LKrO	Landkreisordnung für den Freistaat Bayern
LVerfG	Landesverfassungsgericht
Mann/Sennekamp/Uechtritz	Mann/Sennekamp/Uechtritz, VwVfG, 2. Aufl. 2019
MBI.	Ministerialblatt
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Z)
MKS	Maul- und Klauenseuche
MK-StGB	Münchener Kommentar zum StGB, 4. Aufl. mit weiteren Nennungen
mwN	Neue Juristische Wochenschrift (Z)
NJW	Nummer
Nr.	Nummern
Nrn.	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	Rechtsprechungsreport
NuR	Natur und Recht (Z)
n.v.	nicht veröffentlicht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Z)
NVwZ-RR	NVwZ-Rechtsprechungs-Report (Z)
NVZ	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht (Z)
OBG NRW	Ordnungsbehördengesetz NRW
OFD	Oberfinanzdirektion
OLG	Oberlandesgericht
OVG Berlin-Brandenburg	Oberverwaltungsgericht Berlin- Brandenburg
OVG Niedersachsen	Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht
OVG Nordrhein-Westfalen	Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen
OVG Sachsen-Anhalt	Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt
OVG Schleswig-Holstein	Schleswig-Holsteinisches Oberverwaltungsgericht

OVG Thüringen	Thüringer Oberverwaltungsgericht
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PBZugV	Berufszugangsverordnung für den Straßenpersonenverkehr
PolG NRW	Polizeigesetz des Landes Nordrhein- Westfalen
RdL	Recht der Landwirtschaft
RL	Richtlinie der der EU
Rn.	Randnummer
S.	Satz
SächsNatG	Sächsisches Naturschutzgesetz
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter
Schoch/Schneider/Bier	Schoch/Schneider/Bier, VwGO, Stand 2020
Schönke/Schröder	Schönke/Schröder, Strafgesetzbuch, 30. Aufl. 2019
Schwarz/Pahlke	Schwarz/Pahlke, Abgabenordnung/Finanzgerichtsordnung, Stand 2020
Schwarz/Widmann/Radeisen	Schwarz/Widmann/Radeisen, Umsatzsteuergesetz, Stand 2020
SDAT	Schweizerischer Dachverband der Aquarien- und Terrarienverbände
SGB V	Sozialgesetzbuch Fünftes Buch
StGB	Strafgesetzbuch
StIKo Vet am FLI	Ständige Impfkommision Veterinärmedizin am Friedrich-Loeffler- Institut
StPO	Strafprozessordnung
Str.	strittig
StUMV	Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
TierSchG	Tierschutzgesetz
TierSchVersV	Verordnung zum Schutz von zu Versuchszwecken oder zu anderen wissenschaftlichen Zwecken verwendeten Tieren
TierSchZV	Tierschutzzuständigkeitsverordnung des

TierZG	Landes Brandenburg TierZuchtgesetz
TRACES	Trade Control and Expert System
TSE	Transmissible Spongiforme Enzephalopathien
TVT	Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz e. V.
Tz.	Textziffer
UMS	Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz
UStG	Umsatzsteuergesetz
UV	Ultraviolettstrahlung
u. v. a.	und viele(s) andere
v.	vom
VDH	Verband für das Deutsche Hundewesen e. V.
VersR	Versicherungsrecht (Z)
VG	Verwaltungsgericht
VGH Mannheim	Verwaltungsgerichtshof Baden- Württemberg
v. Münch/Kunig	von Münch/Kunig, Grundgesetz, 6. Aufl. 2012
VRS	Verkehrsrecht-Sammlung (Z)
VwVG	Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz
VwVG NRW	Verwaltungsvollstreckungsgesetz NRW
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Strafrecht (Z)
z. B.	zum Beispiel
Z	Zeitschrift
ZfS	Zeitschrift für Schadensrecht
ZirkRegV	Verordnung über die Registrierung von Erlaubnissen zur Zurschaustellung von Tieren an wechselnden Orten
ZPO	Zivilprozessordnung
ZustVO Tierschutz NRW	Zuständigkeitsverordnung Tierschutz Nordrhein-Westfalen

ZVG

Gesetz über die Zwangsversteigerung
und die Zwangsverwaltung

Literaturverzeichnis

- Aufruf der Deutschen Cichliden-Gesellschaft zur
Anerkennung bestimmter Zuchtformen von
Aquarienfischen als Qualzucht
Bader/Funke-Kaiser/Kuntze/von Albedyll, VwGO, 7. Aufl.
2018
Bader/Ronellenfitsch, VwVfG, 2. Aufl. 2016
Bartels/Wegner, Fehlentwicklungen in der Haustierzucht,
Zuchttextreme und Zuchtdefekte bei Nutz- und
Hobbytieren, 1998
Bayern.Recht, www.gesetze-bayern.de
Bericht der Präsidentin des Verwaltungsgerichts Berlin zur
Geschäftslage 2018 und Ausblick auf 2019 vom
25.1.2019
BMEL (Bundesministerium für Ernährung und
Landwirtschaft):
Gutachten zur Auslegung von § 11 b des Tierschutzgesetzes
(Verbot von Qualzuchtungen) 2000
Tierschutzbericht 1999 „Bericht über den Stand der
Entwicklung im Tierschutz“
Gutachten über die Mindestanforderungen an die Haltung
von Papageien, 10.1.1995 (wird überarbeitet)
Gutachten zu den Mindestanforderungen an die Haltung
von Reptilien vom 10.1.1997 (wird überarbeitet)
Gutachten zu den Mindestanforderungen an die Haltung
von Greifvögeln und Eulen vom 10.1.1995 (wird
überarbeitet)
Gutachten über Mindestanforderungen an die Haltung von
Säugetieren v. 7.5.2014
Leitlinien zur Ausrichtung von Tierbörsen unter
Tierschutzgesichtspunkten vom 1.6.2006
Leitlinien zur Beurteilung von Pferdehaltungen unter
Tierschutzgesichtspunkten, Stand 9.6.2009

Gutachten Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten
Nutztierhaltung, 2015
Leitlinien für die Haltung, Ausbildung und Nutzung von
Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen
Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten
Nutztierhaltung, 2015
Brehm/Zimmerling, Die Entwicklung des Prüfungsrechts
seit 1991, NVwZ 1997, S. 451
bverf.de, www.verfassungsgericht.de
bverwg.de, www.bverwg.de
Casper, Der vernünftige Grund im Tierschutz, NuR 1997,
S. 577
Chmielewska/Bert/Grune/Hensel/Schönfelder, Der
„vernünftige Grund“ zur Tötung von überzähligen Tieren.
Eine klassische Frage des Tierschutzrechts im Kontext
der biomedizinischen Forschung, NuR 2015, S. 677
Dahs, Handbuch des Strafverteidigers, 8. Aufl. 2015
Dietz, Inhalt und Bestandskraft der Erlaubnis nach § 11 des
Tierschutzgesetzes, NuR 1999, S. 681
Entscheidungsdatenbank
Niedersachsen, rechtsprechung.niedersachsen.de
Entscheidungsdatenbank
Berlin-Brandenburg,
www.gerichtsentscheidungen.berlin.brandenburg.de
Erichsen/Ehlers, Allgemeines Verwaltungsrecht, 15. Aufl.
2015
Eyerman, VwGO, 15. Aufl. 2019
Finkelnburg/Dombert/Külpmann, Vorläufiger Rechtsschutz
im Verwaltungsstreitverfahren, 7. Aufl. 2017
Fischer, Strafgesetzbuch, 67. Aufl. 2020
Gerhardt, Infektionsschutzgesetz, 3. Aufl. 2020
Goebel, Frank Michael, Pfändung wertvoller Tiere im
häuslichen Bereich des Schuldners, Vollstreckung
effektiv 2003, S 39
Göhler, Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, 18. Aufl. 2021

Guckelberger, Die Rechtsfigur der Genehmigungsfiktion,
DÖV 2010, S. 109, 113

Guckelberger, Zulässigkeit und Anfechtbarkeit
verwaltungsrechtlicher Hängebeschlüsse, NVwZ 2001,
S. 275

Hackbart/Lückert, Tierschutzrecht, 2000

Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG, 3. Aufl. 2016

Hofmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Voßkuhle, Grundlagen des
Verwaltungsrechts, 2. Aufl. 2013

Hübschmann/Hepp/Spitaler,
Abgabenordnung/Finanzgerichtsordnung, Stand 2020
iuris, www.juris.de

JustG NRW, Justizgesetz Nordrhein-Westfalen
Justiz Baden-
Württemberg, www.landesrecht-bw.de
Justiz Mecklenburg-
Vorpommern, www.mv-justiz.de

Justiz Sachsen, www.justiz.sachsen.de

Karlsruher Kommentar zum Gesetz über
Ordnungswidrigkeiten, 5. Aufl. 2018

Kluge, TierSchG, 2002

Knack/Henneke, VwVfG, 11. Aufl. 2020

Kopp/Ramsauer, VwVfG, 20. Aufl. 2019

Kopp/Schenke, VwGO, 25. Aufl. 2019

Krenberger/Krumm, OWiG, 5. Aufl. 2018

Landmann/Rohmer, GewO, Bd. I, 83. Aufl. 2020

Landkreis Celle, Merkblatt Gehegewild – Haltung und
Vermarktung, Stand März 2015

Landkreis Rostock, Merkblatt Gehegewildhaltung,
Dezember 2015

Lenzen/Görl, Aus der Rechtsprechung der Strafsenate und
der Senate in Bußgeldsachen des Schleswig-
Holsteinischen Oberlandesgerichts 1988

Linhart, Der Bescheid, 5. Aufl. 2017

Lorz/Mezger, TierSchG, 6. Aufl. 2008

Lüttgau, VwGO-Rechtsmittel, Abschaffung der
Berufungszulassung, AnwBl. 2018, S. 300
Mann/Sennekamp/Uechtritz, VwVfG, 2. Aufl. 2019
Meyer-Großner/Schmitt, StPO, 62. Aufl. 2019
Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch, Bd. 6,
Nebenstrafrecht, 3. Aufl. 2018
NABU Naturschutzbund Deutschland e. V., Zur Haltung von
Walen und Delfinen in Gefangenschaft, Stand Juli 2016
Palandt, BGB, 79. Auflage, 2020
Niedersächsisches Ministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten, Bezirksregierung Weser-
Ems, Tierschutzdienst Niedersachsen, Empfehlungen zur
Freilandhaltung von Pferden, März 1999
Niehues/Fischer/Jeremias, Prüfungsrecht, 7. Aufl., 2018
Ortenaukreis, Merkblatt Gehegewildhaltung, Stand 2018
Radtke/Hohmann, Strafprozessordnung 2011
Rebmann/Roth/Herrmann, Gesetz über
Ordnungswidrigkeiten, Bd. 1, 2020
Rechtsprechung
Schleswig-Holstein, sh.juris.de
Rechtsprechungsdatenbank-
Niedersachsen, rechtsprechung.niedersachsen.de
Rechtsprechungsdatenbank-
NRW, www.nrwe.de
Rechtsprechungsdatenbank
Saarland, justiz-und-recht.de
Schneider, So wickeln Sie Agenturgeschäfte
umsatzsteuerlich richtig ab, ASR 2006, S. 5
Schoch, Rechtsbestand im Einstellungsgespräch von
Beamtenbewerbern, NJW 1982, S. 545
Schoch/Schneider/Bier, VwGO, Stand 2020
Schönke/Schröder, Strafgesetzbuch, 30. Aufl. 2019
Schwarz/Pahlke, Abgabenordnung/Finanzgerichtsordnung,
Stand 2020
Schwarz/Widmann/Radeisen, Umsatzsteuergesetz, Stand
2020

Sodan/Ziekow, VwGO, 5. Aufl. 2018
Sozialgerichtsbarkeit, www.sozialgerichtsbarkeit.de
StIKO Vet am FLI in ihrer Leitlinie zur Impfung von Kleintieren, 4. Aufl., Stand 1.2.2019
Stelkens/Bonk/Sachs, VwVfG, 9. Aufl. 2018
Stellungnahme der Deutschen Juristischen Gesellschaft für Tierschutzrecht e. V. – zum Urteil des VGH Hessen v. 1.9.2011, 8 A 396/10 (Tauben als Schädlinge i. S. v. § 11 I S. 1 Nr. 8 e) TierSchG
www.djgt./system/files/94/original/Stellungnahme_VGH_Kassel_Tauben.pdf
Stellungnahme Züchtungsverordnung (Züchtungsvorschriften in der Tierschutzgesetzgebung) des Schweizerischen Dachverbandes der Aquarien- und Terrarienverbände SDAT
Thüringer Verwaltungsgerichtsbarkeit, thovg.thueringen.de
Tierschutzleitlinie für die Milchkuhhaltung des Niedersächsischen Ministeriums für ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Niedersächsischen Landesamts für Lebensmittel und Verbraucherschutz, 2007
Tschentscher, Kommando: Voran! Der Schutzhundesport im Fokus, 1. Aufl., 2014
TVT (Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz e. V.), Königspythons, Stand September 2016
Merkblatt Nr. 51, elektrische Hundeerziehungshilfen
Merkblatt Nr. 70, tierschutzwidriges Zubehör bei Hunden und Katzen
Merkblatt Nr. 113, Hundeimporte aus Süd- und Osteuropa – Hundehandel unter dem Deckmantel des Tierschutzes? –
Merkblatt Nr. 139, Katzenhaltung in privaten Haushalten
Merkblätter Nr. 144, 126, Haltung von alten Pferden und Miniponys
Merkblätter Nr. 153 – 162, 182, Kleinsäuger
Merkblätter Nr. 163 – 174, 62, Vögel
Merkblätter Nr. 175 – 180, Reptilien und Amphibien

Positionspapier zu den Leitlinien Tierschutz im Pferdesport
(BMEL 1992), 1.11.2014

Stellungnahme zur Haltung von Fischen in Nano-Aquarien,
August 2012

Stellungnahme zur Haltung von Schlangen in
Racksystemen und Schubladen, Juli 2013

Stellungnahme zum Urteil des BVerwG § 11 -
Erlaubnispflicht für tierheimähnliche Einrichtungen vom
23.10.2008

Stellungnahme zu Zucht, Haltung und Überprüfung von
Futtertierhaltungen, Stand 2015

von Münch/Kunig, Grundgesetz, 6. Aufl. 2012

Verfassungsgericht
Brandenburg, verfassungsgericht.brandenburg.de
bremen,
www.verwaltungsgericht.bremen.de

*Verband der Zootierärzte e. V., Arbeitskreis
Populationsmanagement in Zoos*, Töten von Zootieren
(Stand September 2019)

Wieser, Praxis des Bußgeldverfahrens, 8. Aufl., 2019

Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags
„Verteidigungshandlungen gegen Wölfe zum Schutz von
Tieren“ vom 18.12.2018, WD 7-3000-249/18

Ziekow, VwVfg, 4. Aufl. 2019

Züchtungsverordnung (Züchtungsvorschriften in der
Tierschutzgesetzgebung) des Schweizerischen
Dachverbandes der Aquarien- und Terrarienverbände
SDAT

1. Teil Erlaubnistatbestände

1 § 11 Abs. 1 S. 1 enthält einen abschließenden Katalog erlaubnispflichtiger Tätigkeiten. Die Vorschrift regelt kommerzielle – gewerbsmäßige – wie nicht kommerzielle Tätigkeiten. Im nichtkommerziellen Bereich schränkt § 11 Abs. 1 S. 1 die allgemeine Handlungsfreiheit ein.¹ Im kommerziellen Bereich stellen die Erlaubnistatbestände in § 11 Abs. 1 S. 1 eine subjektive **Berufszulassungsbeschränkung** i. S. v. Art 12 Abs. 1 GG dar.² Solche Beschränkungen sind zulässig, wenn sie als Voraussetzung zur ordnungsmäßigen Ausübung des Berufs und zum Schutz hoher Gemeinschaftsgüter erforderlich sind und nicht außer Verhältnis zum angestrebten Zweck stehen, also nicht übermäßig und unzumutbar belasten.³ Dies trifft für die fraglichen Erlaubnistatbestände in § 11 Abs. 1 S. 1 zu. Die Erlaubnispflicht und damit verbundene Sachkundeprüfung sind aus Gründen des in Art. 20 a GG als Staatsziel verankerten Tierschutzes zum Schutze eines wichtigen Gemeinschaftsguts gerechtfertigt.⁴

I. § 11 Abs. 1 S. 1 Nrn. 1 a), b), 2. - Zucht und Haltung zu wissenschaftlichen Zwecken

1. Zucht und Haltung zur Verwendung in Tierversuchen

2 Die Erlaubnistatbestände in Nr. 1 a) und b) regeln die Zucht und Haltung von Wirbeltieren und Kopffüßern, die dazu bestimmt sind, in **Tierversuchen** verwendet zu werden, bzw. deren Organe und Gewebe für wissenschaftliche Zwecke verwendet werden sollen. Das

TierSchG definiert in § 7 Abs. 2 einen eigenen engen Begriff des Tierversuchs. Nr. 1 b) schließt die Tötung i. S. v. § 4 Abs. 3 ein.⁵ Auch die Abgabe einzelner Tiere aus einer nicht auf die Züchtung von Versuchstieren ausgerichteten Zucht zu den in Nr. 1 genannten Zwecken unterliegt der Erlaubnispflicht.⁶ Ebenfalls erlaubnispflichtig ist die Haltung solcher Tiere, um sie an Dritte abzugeben, die die Tiere zu den in Nr. 1 genannten Zwecken verwenden. Damit unterliegen auch **Händler** und **Lieferanten** der Erlaubnispflicht. Da die Vorschrift keine Gewinnerzielungsabsicht verlangt, unterliegen auch Zucht, Haltung und Weitergabe von Tieren zu Versuchszwecken durch non-profit-Organisationen der Erlaubnispflicht.⁷ Die Erlaubnistatbestände Nr. 1 a) und b) schließen nunmehr auch Kopffüßer – Cephalopoda, im Meer lebende Klasse von Tieren, die zu den Weichtieren (Mollusca) zählt; es sind etwa 800 Arten bekannt – ein, da diese Tiere nach wissenschaftlichen Erkenntnissen Schmerzen, Leiden und Ängste empfinden sowie dauerhafte Schäden erleiden können.⁸

2. Zucht und Haltung zu den in § 6 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 genannten Zwecken

3 Gemäß Nr. 2 unterliegen Zucht und Haltung von Wirbeltieren zu den in § 6 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 genannten Zwecken – vollständige oder teilweise Entnahme von Organen und Gewebe zum Zwecke der Transplantation, Anlegung von Kulturen oder der isolierten Untersuchung von Organen, Gewebe oder Zellen zu nicht wissenschaftlichen Zwecken – der Erlaubnispflicht. Zucht und Haltung von **Kopffüßern** zu diesen Zwecken ist anders als in Nr. 1 nicht erlaubnispflichtig. Angesichts der wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Schmerz- und Leidensfähigkeit von Kopffüßern ist diese Differenzierung

sachlich nicht gerechtfertigt. Erlaubnispflichtig ist auch die nur gelegentliche Abgabe von Tieren aus einer Zucht zu den in Nrn. 1 und 2 genannten Zwecken; siehe oben. Detaillierte Vorschriften zur Haltung und Tötung von Wirbeltieren und Kopffüßern zur Verwendung in Tierversuchen oder zu anderen wissenschaftlichen Zwecken, zu den Erlaubnisvoraussetzungen, zur Durchführung von Tierversuchen sowie Genehmigung und Anzeige von Versuchsvorhaben finden sich in der TierSchVersV.

3. Zucht

4 Der Begriff Zucht wird unterschiedlich definiert. Nach einer Entscheidung des VG Darmstadt ist Zucht die geplante Verpaarung von Tieren mit dem Ziel, bestimmte Eigenschaften, Merkmale oder Merkmalskombinationen bei den Nachkommen zu erreichen.⁹ Andere Definitionen sind deutlich weiter. Gemäß § 1 HundVerbrEinfG ist Zucht jede Vermehrung von Hunden. Eine ähnlich weite Definition findet sich in dem vom BMEL in Auftrag gegebenen Gutachten zur Auslegung von § 11 b des Tierschutzgesetzes „Verbot von Qualzuchtungen“ der Sachverständigengruppe Tierschutz und Heimtierschutz vom 2.6.1999 – Qualzuchtgutachten –, das unter Zucht die „geplante Verpaarung von Tieren“ versteht; Tz. 1.3.4. Bei Tieren, die für die in Nrn. 1. und 2. genannten wissenschaftlichen Zwecke gezüchtet werden, stehen in vielen Fällen konkrete Eigenschaften und Merkmale im Hintergrund. Ziel ist es primär, Tiere einer konkreten Art in einer bestimmten Anzahl zu „generieren“, die in Versuchen eingesetzt oder deren Organe oder Gewebe für wissenschaftliche Zwecke verwendet werden können, Art. 3 Nr. 4. RL 2010/63/EU. Begriffsprägender Bestandteil von Zucht ist die **Vermehrung von Tieren** für einen bestimmten